

INHALT

1. Ruhe an den Schulen und besserer Unterricht
2. Dreifach A für Schleswig-Holsteins Kreditwürdigkeit
3. Umfrage unter Unternehmern zeigt große Zufriedenheit mit Landesregierung
4. Innen- und Rechtsausschuss billigt Konnexitätsausführungsgesetz

20.04.2012

Ruhe an den Schulen und besserer Unterricht Alexandra Dinges-Dierig zu Gast in der CDU-Fraktion



Alexandra Dinges-Dierig und Jost de Jager

Die Fraktionssitzung am Dienstag begann extra eine halbe Stunde früher: Die künftige CDU-Kultusministerin im Kabinett de Jager, Alexandra Dinges-Dierig, war in den Landtag gekommen, um sich persönlich den Mitgliedern der CDU-Fraktion vorzustellen.

Dinges-Dierig sprach sich für möglichst selbstständige Schulen aus. „Wir brauchen keine Kinder, die den Schulstrukturen gerecht werden. Wir brauchen Schulen, die den Kindern in ihrer Individualität gerecht werden können“, so Dinges-Dierig.

Und deshalb seien Schulstrukturdebatten „out“. Überhaupt dauere es im Bildungswesen 10-15 Jahre, bis Reformen überhaupt messbare Ergebnisse erbrächten: „Dazu konnte es in Schleswig-Holstein ja gar nicht kommen, weil vorher immer neue Reformen stattfanden. Wir müssen den Schulen endlich die Zeit geben, ihre erarbeiteten Konzepte umzusetzen“, erklärte die Bildungsexpertin.

Sie wolle die Schulen genau dabei unterstützen, damit die Lehrkräfte sich auf besseren Unterricht konzentrieren können. Schwerpunkt solle die Bekämpfung des Unterrichtsausfalls sein: „Kernvoraussetzung für guten Unterricht ist, dass dieser stattfindet. Ich habe mit Erstaunen erfahren müssen, dass in Schleswig-Holstein auch Unterricht als gegeben erfasst wird, der ausgefallen ist. Mit diesem Unsinn muss Schluss sein. Nur, wenn wir ehrlich miteinander umgehen, können wir auch Qualitätsverbesserungen erreichen“, so Dinges-Dierig.

Dreifach A für Schleswig-Holsteins Kreditwürdigkeit **Niedrige Zinsen für solide CDU-Finanzpolitik**



Tobias Koch, MdL

Der konsequente Schuldenabbau der CDU-geführten Landesregierung trägt weiter Früchte: Am Donnerstag wurde bekannt, dass Schleswig-Holsteins Kreditwürdigkeit von der Ratingagentur Fitch mit der Bestnote „Triple A“ bewertet wurde. Finanzminister Rainer Wiegard (CDU) hatte die Agentur um eine Bewertung gebeten. „Nach Landesrechnungshof und Stabilitätsrat hätte jetzt auch eine externe Rating-Agentur den eingeschlagenen Weg der Haushaltskonsolidierung anerkannt.

Vor dem Hintergrund der hohen Verschuldung des Landes sei die bescheinigte Kreditwürdigkeit ganz wesentlich der Verankerung der Schuldenbremse in der Landesverfassung und dem Defizitabbau im Doppelhaushalt und der weiteren Finanzplanung zu verdanken“, erklärte CDU-Finanzexperte Tobias Koch. Mit der guten Bewertung verbunden ist die Möglichkeit, sich zu niedrigen Zinsen am Kreditmarkt zu refinanzieren. „Das Rating von Fitch unterstützt Schleswig-Holstein bei der zukünftigen Haushaltskonsolidierung, denn dadurch können die Zinskonditionen des Landes weiter stabil gehalten werden“, begrüßte Tobias Koch die Initiative der Landesregierung.

Fitch weist in seiner Bewertung darauf hin, dass Schleswig-Holstein mit der Kostensenkung begonnen habe und dadurch weniger neue Schulden mache. Das Land folge einem strikten Konsolidierungspfad und werde dafür vom Bund und den anderen Ländern mit 80 Millionen Euro jährlich unterstützt. Die Agentur betonte, dass das Hauptproblem Schleswig-Holsteins der hohe Altschuldenstand von derzeit 27 Milliarden Euro ist.

„Ein gutes Rating und damit günstige Zinsen kann man durch eine verantwortungslose Schuldenpolitik aber auch schnell wieder einbüßen. Ich möchte mir nicht ausmalen, welches Rating es gegeben hätte, wenn Finanzminister Wiegard beispielsweise absehbare Gehaltssteigerungen im öffentlichen Dienst in seinen Planungen nicht berücksichtigt hätte“,

erklärte Koch im Hinblick auf den Haushalt von Oberbürgermeister Torsten Albig, der dies in Kiel vergessen hatte.

Das gute Rating sei damit Ansporn und Warnung zugleich. Zur Sicherstellung dauerhaft tragfähiger öffentlicher Finanzen sei es notwendig, die Neuverschuldung weiter abzusenken und mittelfristig mit der Rückzahlung der aufgelaufenen Schulden zu beginnen. „Die von SPD, Grünen und SSW bereits beantragte Heraufsetzung der Kreditobergrenzen und die ungedeckten Wahlversprechen in ihren Programmen sind dagegen der schnellste Weg, um das exzellente Rating wieder zu verlieren“, so Koch abschließend.

Umfrage unter Unternehmern zeigt große Zufriedenheit mit Landesregierung Fast 80 Prozent Zustimmung

Die Zustimmung der schleswig-holsteinischen Unternehmer zur Arbeit der Landesregierung ist in den letzten Monaten deutlich gestiegen. Nach nur 55 Prozent im Sommer 2011 sind es aktuell 79 Prozent. Nach Auskunft der Unternehmerverbände Nord werden vor allem die mittelstandsfreundliche Politik und die Verankerung der Schuldenbremse in die Landesverfassung als positiv bewertet. Auch der Haushaltskonsolidierungswillen und die Anstrengungen zur Realisierung der Fehrmarnbeltquerung werden ausdrücklich gelobt.

„Das Ergebnis der Umfrage bestätigt unsere konsequente Arbeit der vergangenen zweieinhalb Jahre auf ganzer Linie. Die CDU-geführte Landesregierung hat sich der Haushaltskonsolidierung gestellt, die Schuldenbremse in der Landesverfassung verankert und die Arbeitslosigkeit um ein Drittel gesenkt“, erklärte dazu CDU-Fraktionschef Johannes Callsen.

Er kündigte an, diese erfolgreiche Politik für Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze nach dem 06. Mai fortzusetzen. „Besonders im Bereich des Ausbaus unserer Verkehrsinfrastruktur und im Bildungsbereich werden wir Schwerpunkte setzen“, so Callsen abschließend.

Weitere Informationen finden Sie unter:

http://www.uvnord.de/pressdienst/FPK_2012_Konjkturumfrage-Zusammenfassung.pdf



CDU Fraktionschef, Johannes Callsen, MdB

Innen- und Rechtsausschuss billigt Konnexitätsausführungsgesetz Neues Gesetz schafft finanzielle Klarheit für Kommunen

Der Innen- und Rechtsausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtags hat das von der Landesregierung vorgelegte Konnexitätsausführungsgesetz einvernehmlich bei Enthaltung von DIE LINKE gebilligt. Das Gesetz ermöglicht den Kommunen zukünftig mehr Klarheit über die Folgekosten von Landesgesetzen.

„Bei dem Gesetz geht es darum, dass ein neues Kostenfolgeabschätzungsverfahren für Landesgesetze etabliert wird. In diesem ermittelt die Landesregierung für ihre Gesetz- und Verordnungsentwürfe gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden, welche Mehrbelastungen für die Kommunen entstehen. Für diese ist das Land nach der Landesverfassung nämlich zu finanziellem Ausgleich verpflichtet“, so der innenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Werner Kalinka.

Eine wichtige durch den Innen- und Rechtsausschuss beschlossene Änderung an dem Gesetzentwurf sei, dass Gesetzentwürfe auch weiterhin von einzelnen Abgeordneten oder Fraktionen frei und ohne Prüfung eingebracht werden könnten. Hier werde es dabei bleiben, dass die kommunalen Spitzenverbände ihre Auffassung in den Ausschussanhörungen äußern.

„Hinter den Abgeordneten steht kein großer Verwaltungsapparat, der - wie die Landesregierung ein so umfassendes Prüfverfahren leisten kann. Und es darf auch kein Abgeordneter in seinem Initiativrecht beschränkt werden oder gezwungen sein, seine Gesetze und Ideen zuerst oder später Anderen zur Begutachtung vorzulegen. Wir wollen nicht mehr Verwaltung im Parlament aufbauen“, so Kalinka abschließend.

Den Gesetzentwurf finden Sie unter folgendem Link:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/2100/drucksache-17-2150.pdf>



Werner Kalinka, MdL

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de